UID
FAKTEN UND ARGUMENTE

Nummer 11
5. April 2004
www.cdu.de

Fraktionsvorstandsklausur

Vom Stillstand zum Wachstum

„Deutschland kann mehr – Wachstum aus eigener Kraft ist möglich".

Das machte Angela Merkel bei der Vorstellung eines 10-Punkte-Programms nach der Klausur des Vorstands der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag deutlich.

Die Partei- und Fraktionsvorsitzende zeigte sich überzeugt, dass die Politik in Deutschland eine neue Richtung und Qualität braucht. Die Veränderungen des 21. Jahrhunderts eröffnen viele Chancen, die Potenziale Deutschlands würden jedoch zu wenig ▶

INHALT

EU-Verfassung: Deutsche Interessen stärker berücksichtigen
Seite 4

Dokumentation Klausurtagung des Vorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Hans-Gert Pöttering: Erfolg für Verfassung (S. 5) ■ Roland Koch: „Bundesregierung hat ihr Wort gebrochen" (S. 6) ■ Georg Milbradt: „Zukunft Ost – Chance für Deutschland" (S. 7) ■ Laurenz Meyer: Hoffnung für 2004 kaputtgetreten (S. 8) ■ Gesprächskreis: Frauen in der Lebenswelt von heute und morgen (S. 9) ■ Hartmut Nassauer: Tagegelder-Berichterstattung einiger Medien ist unzutreffend (S. 10) ■ Christoph Böhr: Neu denken für die Zukunft der Familie (S. 11) ■ SU: Bei Betreuung Familienrechte stärken (S. 12) ■ N. Röttgen, I. Wellenreuther: Reform des Wettbewerbsrechts schafft Rechtsunsicherheit (S. 14) ■ P. Götz: Angst vor Wettbewerb (S. 14–15) ■ D. Wöhrl: Ausbildungsplatzabgabe ist Unfug (S. 15–16) ■ G. Brunnhuber: Dauerstau auf der Autobahn (S. 16–17) ■ G. Hasselfeld, P.-H. Carstensen: Deutsche Landwirtschaft geschwächt (S. 17)

▶ genutzt. Angela Merkel kritisierte, dass die Politik der Bundesregierung sowohl auf die aktuelle Krise als auch auf die sich bietenden Chancen völlig unzureichend reagieren würde. Da Rot-Grün Neuwahlen ablehne, werde die Union aus der Opposition heraus noch mehr Verantwortung für Deutschland übernehmen, kündigte Angela Merkel an. Entscheidend, nicht nur für eine kurzfristige Entlastung, sondern auch für einen nachhaltigen Aufschwung, werde sein, dass in den kommenden Monaten die Weichen in allen Politikfeldern auf Wachstum umgestellt würden.

Aus diesem Grund hat die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ein Programm vorgelegt, in dem ein Politikwechsel in 2 x 5 konkreten Schritten gefordert wird. Fünf Schritte sollten sofort bis zum Sommer dieses Jahres vorgenommen werden, fünf Schritte anschließend, so dass die Menschen eine klare Perspektive für die kommenden Jahre erkennen könnten.

■

Sofortmaßnahmen

Zu den Sofortmaßnahmen, den ersten fünf Schritten, gehört unter anderem das Angebot der Union an die Bundesregierung, sofortige Verhandlungen zu einer umfassenden Steuerreform aufzunehmen. Auf der Grundlage des Fraktionsantrags „Ein modernes Steuerrecht für Deutschland – Konzept 21" könnte noch vor dem Sommer ein Richtungswechsel in der Steuerpolitik eingeleitet werden, sagte die Vorsitzende. Eine weitere zentrale Sofortmaßnahme ist die Forderung nach einem beschäftigungsfördernden, flexiblen, transparenten und gerechten Arbeitsrecht. Der Antrag der Fraktion „Beschäftigungspolitik der Bundesregierung gescheitert – Weichen stellen für ein Wachstumsprogramm" bildet zusammen mit dem Fraktionsentwurf eines Arbeitsrechtsmoderni-

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telelefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telelefon 0 22 26-8 02-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

sierungsgesetzes die Grundlage für ein entsprechendes Sofortgesetz.

Darüber hinaus enthält das Papier Sofortmaßnahmen zur Wachstumssteigerung in den Bereichen Energie, Bildung und Ausbildung und für einen Aufschwung in den Neuen Bundesländern.

Langfristige Maßnahmen

An das Sofortmaßnahmenpaket schließen sich fünf weitere Schritte an, die den Bürgerinnen und Bürgern eine klare, verlässliche Perspektive für die kommenden Jahre geben. Wesentliches Element ist ein umfassendes Maßnahmenbündel zur Intensivierung der Forschungsförderung und zur Stärkung der Innovationskraft der Wirtschaft. Vor dem Hintergrund des weltweiten Wandels fordert die Union außerdem eine Föderalismusreform. Diese muss zu mehr Transparenz, zu klareren Zuständigkeiten, zu einem fairen Interessensausgleich sowohl zwischen den Regionen wie auch zwischen den staatlichen Ebenen und zu einer Stärkung der Handlungsfähigkeit jeder Ebene führen. Die aktuelle Chance, die die Kommission „Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung" bietet, dürfe nicht verspielt werden, betonte Angela Merkel.

Darüber hinaus müsse der Niedriglohnsektor umfassend reaktiviert werden. Dazu bedürfe es neben der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe eines umfassenden Umbaus der Transfersysteme für Langzeitarbeitslose und der Lohnzuschüsse, verbunden mit einer flächendeckenden Wiedereingliederung der Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt. Vervollständigt wird das Papier durch Überlegungen zur Reform der Kommunalfinanzen und zur „Großen Steuerreform".

Beschlüsse

Neben dem 10-Punkte-Papier beschloss der Fraktionsvorstand ein Konzept zur „Förderung erneuerbarer Energien und ein Strategiepapier „Landesverteidigung und Heimatschutz". Bei der Vorstellung des energiepolitischen Eckpunkte-Papiers verwies Angela Merkel darauf, dass der staatliche Anteil am Strompreis, in den auch Subventionen wie die für die Windenergie eingehen, mittlerweile 40 Prozent betrage. Ein Durchschnittshaushalt sei mit jährlich 421 Euro Abgaben auf den Strompreis belastet. Bei der Belastung durch die Ökosteuer sei zu beachten, dass sich die Lage durch den europaweiten Handel mit Emissionsrechten verändert habe. Durch die Berechnung der Ausstoß-Quoten könnten Länder begünstigt werden, die keine Ökosteuer besäßen.

Die Trennung zwischen äußerer und innerer Sicherheit werde der Wirklichkeit nicht mehr gerecht, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble bei der Vorstellung des Strategiepapiers zur Landesverteidigung. „Wenn die Bedrohungen ineinander übergehen, müssen auch die Vorsorge und die Abwehr der Bedrohungen ineinander greifen." Zentrale Aufgaben der Hei-matschutzkräfte sollen nach den Vorstellungen der Union die Hilfe in Katastrophenfällen, logistische und sanitätsdienstliche Unterstützung, Objektschutz, ABC-Schutz, Kontroll- und Bewachungstätigkeiten sein.

Beschlüsse
→ www.cducsu.de

Deutsche Interessen stärker berücksichtigen

CDU und CSU treten für einen zügigen Abschluss der Regierungskonferenz auf der Grundlage des Konventsentwurfs zur europäischen Verfassung ein.

Dies erklärten die Vorsitzenden von CDU und CSU, Angela Merkel und Edmund Stoiber, nach einer gemeinsamen Sitzung der Europaexperten von CDU und CSU. Die Schlussberatung zur europäischen Verfassung müsse von der Bundesregierung zu einer Verbesserung des Verfassungsvertrages genutzt werden. Die Bundesregierung habe deutsche Forderungen nicht in die Verhandlungen eingebracht, kritisierte Angela Merkel. Die Union fordere die Bundesregierung auf, die im Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 14.10.2003 (15/1694) genannten Forderungen in den noch verbleibenden Verhandlungen zu vertreten. Besonderen Wert lege die Union darauf, dass in die Präambel der EU-Verfassung ein klarer Bezug auf das christliche Erbe Europas aufgenommen werde, so die Vorsitzenden übereinstimmend. Die Bundesregierung werde außerdem aufgefordert, sich mit Nachdruck für den Einhalt der Regeln des Maastricht-Vertrages zur Preisstabilität einzusetzen.

Die Parteivorsitzenden erklärten, die Union werde sich dafür einsetzen, dass die Mitwirkungsrechte des Bundestages im Rahmen der Ratifizierung der europäischen Verfassung gestärkt werden. Da die europäische Verfassung eine grundlegend neue Architektur im innerstaatlichen Umgang mit europapolitischen Vorhaben erfordere, müssten die bisherigen Verfahren zwischen Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag in EU-Angelegenheiten neu bewertet werden. CDU und CSU begrüßten die Erweiterung der EU am 1. Mai durch zehn weitere Länder. Eine Mitgliedschaft der Türkei lehnt die Union ab, da die EU vor einer Überdehnung geschützt werden müsse, sagte Angela Merkel. Stattdessen trete die Union für eine privilegierte Partnerschaft der EU mit der Türkei ein.

Die Vorsitzende der CDU Deutschlands wies auf die Notwendigkeit hin, bei der Finanzmittelzuweisung klare Prioritäten zu setzen, da der Anpassungsprozess der neuen Mitgliedsstaaten einen erheblichen Finanzbedarf über einen sehr langen Zeitraum bedürfe. Die bloße Verlagerung von Arbeitsplätzen dürfe nicht mit EU-Mitteln gefördert werden. Ein Subventionswettlauf müsse vermieden werden, sagte Angela Merkel. „Im Gegenzug zu einer Konzentration der Förderung besonders benachteiligter Gebiete muss der Spielraum der Mitgliedsstaaten für eigene Maßnahmen erweitert werden", sagte die CDU-Vorsitzende.

Erfolg für Verfassung – Wenig Ergebnisse zur Wirtschaftsentwicklung

Das politische Signal des Gipfels zur zügigen Einigung über die Europäische Verfassung bis spätestens zum nächsten EU-Gipfeltreffen hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im EP und CDU-Spitzenkandidat für die Europawahl, Hans-Gert Pöttering, als wichtige Bekräftigung der Einheit Europas am Vorabend der Erweiterung bezeichnet.

„Die Europäische Union hat damit ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt und deutlich gemacht, dass sie auch in einer größeren Union in der Lage ist, notwendige politische Entscheidungen zur richtigen Zeit herbeizuführen". Pöttering sprach sich dafür aus, noch vor den Europawahlen im Juni bei einem Sondergipfel einen Beschluss über die Verfassung herbeizuführen. Pöttering sagte weiter, es sei jetzt wichtig, dass alle Beteiligten zu dem politischen Beschluss stünden und zu Kompromissen bereit seien, damit keine neue Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mehr auftauchen.

Der Erfolg in der wichtigen Frage der Verfassung,

Hans-Gert Pöttering

den die irische Präsidentschaft nach intensiven Verhandlungen herbeiführen konnte, zeige außerdem einmal mehr, dass kleinere Länder äußerst effizient und erfolgreich eine Führungsrolle in der EU spielen können. Seine Fraktion, für die die Verwirklichung der Verfassung die politische Priorität der Prioritäten sei, werde sich auch für die zügige Ratifizierung der Verfassung nach Annahme durch die Staats- und Regierungschefs mit aller Kraft einsetzen.

Als deutlich weniger erfolgreich wertete Pöttering das Gipfelergebnis jedoch in wirtschaftlichen Fragen im Hinblick auf die Verwirklichung der Strategie von Lissabon. „Außer einer Bekräftigung des hohen zu erreichenden Zieles ist auch bei diesem Gipfels nichts gewesen". Nach wie vor fehlen Beschlüsse zur konkreten Umsetzung des Zieles zum dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden, von dem die EU noch meilenweit entfernt sei. „Die Chancen der Erweiterung müssen jetzt genutzt werden, um auch diesem Ziel näher zu kommen".

Die Erklärung zur Bekämpfung des Terrorismus und die Benennung des früheren Europaabgeordneten Gijs de Vries als EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung werde „hoffentlich bald zu konkreten Resultaten für eine effiziente Bekämpfung der Terrorismusbedrohung führen", erklärte Pöttering. Allerdings sei die Schaffung neuer Posten nicht ausreichend. Vielmehr müssten die Mitgliedstaaten bereit sein, endlich die notwendigen Maßnahmen wie den Europäischen Haftbefehl, den Ausbau von Europol und den Austausch von Informationen zwischen den Geheimdiensten der Mitgliedstaaten umzusetzen bzw. die notwendigen Beschlüsse zu fassen.

„Bundesregierung hat ihr Wort gebrochen“

Als der Bundeskanzler und die Vorsitzenden von CDU und CSU am 15. Dezember 2003 vor die Presse traten, um den im Vermittlungsausschuss erzielten Kompromiss zu verkünden, hatte auch das Ringen um die Ausgestaltung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ein vorläufiges Ende gefunden.

Roland Koch

Wie von der Bundesregierung versprochen, sollten die Kommunen durch die Reform um 2,5 Milliarden Euro entlastet werden. Die Bundesagentur für Arbeit sollte nach den Vorstellungen der Bundesregierung grundsätzlich Träger des „Arbeitslosengeldes II“ sein und „auf gleicher Augenhöhe“ mit den Sozialämtern die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen übernehmen. Kreisen und kreisfreien Städten, die diese Aufgabe in eigener Verantwortung übernehmen wollen, wurde ein entsprechendes Optionsrecht eingeräumt. Die gesetzliche Regelung sollte in einem Optionsgesetz bis Ende April dieses Jahres erfolgen.

Nur drei Monate nach dem Kompromiss sind diese Eckpunkte Makulatur. Statt einer Entlastung der Kommunen um 2,5 Milliarden Euro steht eine Belastung in Milliardenhöhe. Das auf Schätzungen beruhende Zahlenmaterial der Bundesregierung ist grob falsch. Die Unterkunftskosten, die die Kommunen nach „Hartz IV“ zu tragen haben, übersteigen bei weitem die von der Bundesregierung veranschlagten 9,7 Milliarden Euro. Umgekehrt sind die angegebenen Entlastungen der Kommunen viel zu großzügig bemessen.

Auch beim Optionsgesetz hat die Bundesregierung einen klaren Wortbruch begangen. Dies ist der wahre Grund für das Scheitern der Verhandlungen. Von den Kommunen „als Träger der Aufgaben“, wie es im Hartz-IV-Gesetz heißt, und von einer „fairen und gleichberechtigten Lösung“ will Rot-Grün heute nichts mehr wissen. Im Gesetzesentwurf der Bundesregierung heißt es, dass die Kommunen „infolge der Organleihe in die Organisation der Bundesagentur eingegliedert sind“. „Trägerschaft“ ist aber eben nicht „Organleihe“, denn mit diesem Instrument werden die Kommunen nicht zum Wettbewerber, sondern zum Büttel der Bundesagentur.

Unter Missachtung der Beschlüsse wähnt sich die Bundesregierung nunmehr am Ziel ihrer Vorstellungen. Die Mammutbehörde Bundesagentur für Arbeit besitzt die Entscheidungs- und Steuerungsfunktion bei der Betreuung der Langzeitarbeitslosen. Die von Wirtschaftsminister Clement zugesagte Grundgesetzänderung, die den optionswilligen Kommunen ein eigenverantwortliches Gestaltungsrecht ermöglichen sollte, wird jetzt rundweg abgelehnt. Das Scheitern des Optionsmodells zeigt: Lernunfähigkeit ist leider ein Markenzeichen der Bundesregierung, die den Wettbewerb um die besten Lösungen scheut.

Roland Koch ist Hessischer Ministerpräsident und CDU-Präsidiumsmitglied.

„Zukunft Ost – Chance für Deutschland“

Einen Monat vor der EU-Osterweiterung hat Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt eine neue Politik für Ostdeutschland gefordert, um die neuen Bundesländer wettbewerbsfähig zu halten.

„Wir brauchen einen neuen Kurs, damit Ostdeutschland auf die Beine kommt und nicht auf Dauer von Zahlungen des Westens abhängig ist“, erklärte das Mitglied des CDU-Präsidiums bei der Vorstellung des Strategiepapiers „Zukunft Ost – Chance für Deutschland“. So sollten im Osten mehr Regeln ausprobiert werden, für deren Erprobung im Westen die Bereitschaft fehle. Davon würde ganz Deutschland profitieren, sagte Milbradt auf einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

So sei das Land Sachsen zum Beispiel bereit, die so genannte aktivierende Sozialhilfe in einem Modellversuch zu erproben. Ziel müsse es sein, die neuen Bundesländer nach der Erweiterung der Europäischen Union wettbewerbsfähig zu halten. Der Ministerpräsident betonte, es gehe nicht um mehr Geld für den Osten. Nötig seien mehr Freiräume zum Experimentieren. Dies

Georg Milbradt

sei die einzige Chance, die negative Entwicklung zu stoppen. „Ich kann diese resignative Stimmung nicht akzeptieren,“ sagte Milbradt zur gegenwärtigen Situation. Der Bundesregierung warf er mit Blick auf den Osten Untätigkeit vor. In der jüngsten Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder sei das Thema vollständig ausgespart worden.

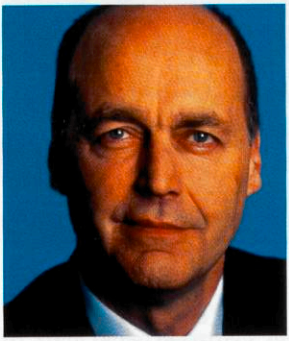
Der sächsische Regierungschef verwies darauf, dass der Aufholprozess seit Jahren stagniere. Nach der EU-Osterweiterung stünden die neuen Länder in einem härterem Wettbewerb. In den Nachbarländern müssten Unternehmen deutlich weniger Steuern zahlen, die Arbeitskosten seien zudem um bis zu 80 Prozent niedriger. In dem 28-seitigen Strategiepapier spricht sich Milbradt für eine gezielte Förderung wirtschaftlicher Zentren und für eine deutliche Lockerung des Kündigungsschutzes in Ostdeutschland aus. Das Kündigungsschutzgesetz sollte für Investoren – unabhängig von der Zahl der Mitarbeiter – in den ersten vier Jahren nach Existenzgründung nicht gelten. Damit Ostdeutschland sich zum „Reformmotor Deutschlands“ entwickeln könne, müsse es gezieltere Investitionen in die Infrastruktur sowie eine regelmäßige Kontrolle der zweckgerechten Verwendung von Solidarpaktmitteln geben. Der Ministerpräsident regte an, die zweckgerechte Verwendung der Mittel jährlich durch Sachverständige prüfen zu lassen. Ein Teil der Mittel könnte nach einem erfolgsabhängigen Verteilungsmechanismus vergeben werden, um die Eigenverantwortung der Länder und Kommunen zu stärken.

Das Strategiepapier „Zukunft Ost – Chance für Deutschland. Ein Beitrag zu einer notwendigen Strategiediskussion“
→ **www.cdu.de**
→ Politik A bis Z
→ Aufschwung Ost

Laurenz Meyer:

Rot-grüne Politik hat Aufschwung-Hoffnung für 2004 kaputtgetreten

Die aktuellen ifo-Zahlen zeigen: Selbst das vorsichtig aufkeimende Pflänzchen des Optimismus wurde vom wirtschaftspolitischen Chaos der Bundesregierung gleich wieder zertreten.



Wirtschaft und Verbraucher haben überhaupt kein Vertrauen in eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik. Das Hin und Her der rot-grünen Wirtschaftspolitik und der handwerkliche Dilettantismus der Bundesregierung führen einzig zu einem Ergebnis: Statt zu investieren halten Verbraucher, Mittelständler und Industrie verständlicherweise ihr Geld zusammen und warten auf bessere Zeiten und eine bessere Regierung.

Die rot-grüne Diskussion um die Ausbildungsplatzabgabe und um Erbschafts- und Vermögenssteuer und aktuell das Gezerre um den Emissionshandel bewirken nur, dass die Verunsicherung von Bürgern und Unternehmen immer größer wird. Darüber hinaus hat der Wechsel an der SPD-Spitze die Unklarheit über den zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung noch gesteigert.

Vor dem Hintergrund von Schröders Regierungserklärung steht zu befürchten, dass die Regierung immer weniger konkrete Perspektiven für Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland hat. Der Kanzler muss endlich erkennen: Es reicht nicht, nur auf den Aufschwung zu hoffen – man muss auch etwas dafür tun.

WIRTSCHAFTSFORSCHER BESORGT – BINNENNACHFRAGE FEHLT

Der ifo-Geschäftsklimaindex ist im März erneut gesunken und hat die Hoffnung auf einen Aufschwung gedämpft. Die befragten Unternehmen bewerteten nicht nur ihre Aussichten im nächsten halben Jahr deutlich schlechter, sondern erstmals auch ihre aktuelle Geschäftslage. Das sei bedenklich, sagte der Präsident des ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, bei der Vorstellung der aktuellsten Zahlen. „Die Sorgen über den weiteren Konjunkturverlauf haben sich verstärkt." Massiv war der Rückgang im Einzelhandel. Die Konjunkturentwicklung kranke nach wie vor an der schwachen Inlandsnachfrage, erklärte Sinn. Aber auch in der Industrie ging der Klimaindikator trotz besserer Exporterwartungen zurück. Nur im Baugewerbe und im Großhandel verbessert sich das Klima etwas. Die Terroranschläge von Madrid hatten keinen Einfluss auf die Index-Entwicklung. „Die im März eingetretene Verschlechterung des Geschäftsklimas kann deshalb nicht als eine vorübergehende Sonderbewegung abgetan werden", sagte Sinn.

Gesprächskreis

Frauen in der Lebenswelt von heute und morgen

Wie muss eine moderne und fortschrittliche Gesellschaftspolitik aussehen, um den Lebensrealitäten von Frauen und Männern in Gegenwart und Zukunft gerecht zu werden?

Mit dieser Kernfrage beschäftigt sich der neu gegründete Gesprächskreis Frauenpolitik der CDU unter der Vorsitzenden Maria Böhmer. Der Gesprächskreis Frauenpolitik wurde vom Generalsekretär der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer, ins Leben gerufen.

Ausgangspunkt für die Arbeit des Gesprächskreises Frauenpolitik sind die Essener Leitsätze der CDU von 1985 „Für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau". Die CDU hatte als erste Partei vor 19 Jahren mit ihrem Essener Parteitag einen über alle Parteigrenzen hinweg anerkannten programmatischen Vorstoß in der Frauen- und Familienpolitik gemacht. Die Essener Leitsätze stehen für den Aufbruch der CDU in der Frauenpolitik. Im Dezember 1999 hat die CDU ein neues familienpolitisches Programm „Lust auf

Maria Böhmer

Familie" vorgelegt. Damit hat die CDU der Familienpolitik einen neuen Schub gegeben, die veränderten Lebenswirklichkeiten der Menschen werden in den Blick genommen, und den Familien werden konkrete Antworten zur besseren finanziellen Förderung, zur Kinderbetreuung und zur Erziehungskompetenz der Eltern gegeben.

Die gewandelten Lebensvorstellungen von Frauen und Männern und die demographische Entwicklung erfordern neue Sichtweisen und Schlussfolgerungen in Politik und Wirtschaft, im Erziehungs- und Bildungsbereich. Dieser Aufgabe will sich der Gesprächskreis stellen. Ziel ist es, eine partnerschaftliche Gesellschaft zu gestalten, die Frauen und Männer gleichermaßen „ins Boot holt". Die bisherigen frauen- und familienpolitischen Maßnahmen sollen dabei auf den Prüfstand gestellt und weiterentwickelt werden. Es ist zu fragen, ob sie tatsächlich den Wunsch nach Familie verwirklichen helfen. Fest steht, dass für Familien die Verbesserung der Rahmenbedingungen dringend notwendig ist, um sie besser als bisher zu entlasten. „Dabei verstehen wir Politik für Frauen als eine Querschnittsaufgabe" – so die Vorsitzende des Gesprächskreises Maria Böhmer. Deshalb wurde der Gesprächskreis mit Politikerinnen und Politiker von Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie mit externen Sachverständigen aus Hochschule, Wirtschaft und Verbänden besetzt.

Maria Böhmer ist Mitglied des Bundesvorstands der CDU Deutschlands, stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der Frauen Union.

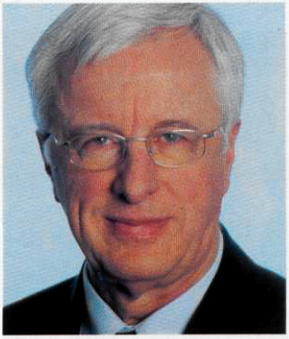
Tagegelder: Berichterstattung einiger Medien ist unzutreffend

Stellungnahme zur Berichterstattung über angebliche Unregelmäßigkeiten bei den Tagegeldern der Europaabgeordneten:

■ **1.** Anders als einige Medien glauben machen wollen, sind Tagegelder keine Gegenleistung für die Teilnahme an Sitzungen, schon gar nicht sind sie Teil der Abgeordnetenentschädigung. Tagegelder sollen vielmehr die Kosten für auswärtige Lebensführung der Abgeordneten in Brüssel und Straßburg erstatten, insbesondere die Aufwendungen für Hotelübernachtungen, Wohnungsmiete in Brüssel und Straßburg sowie die Kosten für auswärtige Verpflegung.

■ **2.** Der Anspruch auf ein Tagegeld entsteht mit der Anwesenheit an den Sitzungsorten in Brüssel oder Straßburg. Diese Anwesenheit wird durch die Unterschrift in einer Anwesenheitsliste nachgewiesen.

■ **3.** Es ist absurd zu behaupten, der Zeitpunkt der Unterschriftsleistung lasse eine Aussage über die Arbeitsleistung eines Abgeordneten zu. Abgeordnetentätigkeit besteht nicht nur aus der Teilnahme an Sitzungen des Plenums, der Parlamentsausschüsse bzw. der Fraktionen, sondern zu einem großen Teil aus Konferenzen, Anhörungen, Sitzungen mit Mitarbeitern, Büroarbeiten und internen Treffen, die weder offiziellen Charakter haben noch in irgendeinem Sitzungsplan ausgewiesen sind, aber gleichwohl die Anwesenheit in Brüssel oder Straßburg bedingen. Abgeordnete müssen also auch an den Sitzungsorten arbeiten, wenn keine offiziellen Sitzungen stattfinden.



Hartmut Nassauer

■ **4.** Die deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments arbeiten nach Kräften sowie bestem Wissen und Gewissen für die Interessen Deutschlands im sich einigenden Europa. Die Anforderungen an ihre Arbeitsleistung und ihre Präsenz sind außergewöhnlich hoch. Der Sitzungskalender des Europäischen Parlaments ist sehr eng terminiert und verlangt alleine an knapp 40 Wochen eines Jahres die Anwesenheit in Brüssel oder Straßburg. Demgegenüber tritt der Deutsche Bundestag in diesem Jahr an 21 Wochen zu Sitzungen in Berlin zusammen. Für Europaabgeordnete sind 60 bis 70 Arbeitsstunden pro Woche keine Seltenheit. Sie verwahren sich darum gegen eine Berichterstattung, die sie in Bausch und Bogen der Betrügerei verdächtigt und als „Abzocker" diskriminiert.

■ **5.** Der Verdacht, dass Unterschriften in den Anwesenheitslisten gefälscht worden sein sollen, muss zweifelsfrei geklärt und gegebenenfalls strafrechtlich geahndet werden. Dies hat die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament in einer Presseerklärung bereits unverzüglich verlangt.

Hartmut Nassauer ist der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

Rheinland-Pfalz

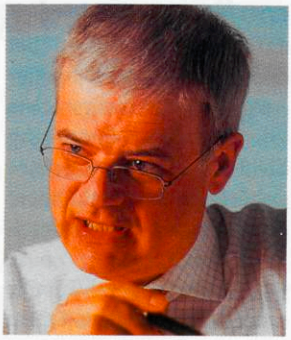
Neu denken für die Zukunft der Familie

Mit der Forderung nach einer früheren Einschulung und einer besseren finanziellen Ausstattung von Familien will die CDU in Rheinland-Pfalz künftig Bildungs- und Familienpolitik machen. Auf einem Kleinen Parteitag am 20. März 2004 in Mainz verabschiedete die Partei das Programm „Neu denken für die Zukunft der Familie."

Einstimmig hat der Landesparteiausschuss der CDU Rheinland-Pfalz das Programm „Neu denken für die Zukunft der Familie" beschlossen. Damit hat die seit einem Jahr intensiv laufende Arbeit auf unterschiedlichen Ebenen der Partei zu diesem Thema ihren Höhepunkt erreicht. Neben einem klaren Bekenntnis zu Ehe und Familie macht das Programm Vorschläge für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und betont die Wahlfreiheit: Eltern müssten selbst entscheiden können, wie sie die Erziehung der Kinder gestalten und mit dem Beruf verbinden wollen. Die CDU will verlässliche, bedarfsgerechte und gute Betreuungs- und Erziehungsangebote in Form von Tagespflege (Tagesmütter und -väter), Horten, Kindergärten, betreuenden Grundschulen und Ganztagsschulen. „Die CDU will dazu beitragen, die Familie in ihrem Überlebenskampf zu unterstützen", sagte der Parteivorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende Christoph Böhr. Um die finanzielle Situation der Familien zu verbessern, plädiert die CDU – wie auf dem Parteitag in Leipzig beschlossen – für ein Familiengeld. Den Beschluss des Familienprogramms bezeichnete Böhr als „wichtige Wegmarke."

Wichtige Eckpunkte

Wichtige Eckpunkte des Programms sind auch eine Einschulung im Alter von fünf Jahren und eine umfassende Reform der Grundschule. Demnach sollen Kinder die bisher erste und zweite Klasse in altersgemischten Lerngruppen durchlaufen und erst von der dritten Klasse an im Klassenverband unterrichtet werden. Je nach individuellem Leistungsstand absolvieren die Schülerinnen und Schüler die ersten beiden Schuljahre in der „Neuen Grundschule"



Christoph Böhr

in einem Zeitraum von ein bis drei Jahren. Unterstützt wurde die CDU in der Forderung nach einer früheren Einschulung vom Präsidenten der Freien Universität Berlin, Prof. Dieter Lenzen, Gastredner des Parteitags: „Wir lassen die Chancen für Kinder, in diesem Alter leicht zu lernen, ungenutzt."

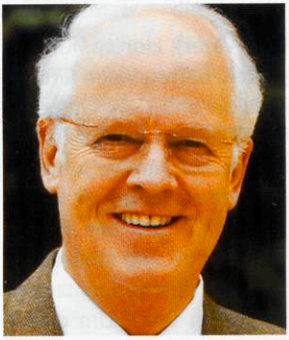
Das familienpolitische Programm ist das Ergebnis einer fast einjährigen Arbeit der Expertenkommission „Familie und Gesellschaft", die vor über einem Jahr von Christoph Böhr eingesetzt wurde. Alle rund 1.000 Ortsverbände erhielten einen Entwurf mit der Bitte um Stellungnahme. Auf drei „FAMILIENexpos", Regionalkonferenzen zum Thema, wurde das Papier intensiv diskutiert.

Bei Betreuung Familienrechte stärken

Die Senioren Union der CDU Deutschlands hat sich dafür ausgesprochen, bei der anstehenden Novellierung des Betreuungsrechts im Deutschen Bundestag die Rechte von Familienangehörigen – etwa Eltern, Ehepartner oder Kinder – zu stärken.

„Wenn Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes stehen, dann ist nicht einzusehen, warum die rot-grüne Bundesregierung hier so zögerlich vorgeht", erklärte der Bundesvorsitzende der mitgliederstärksten politischen Senioren-Organisation, Otto Wulff.

Durch das Verhalten der Regierung würden „Hunderttausende Angehörige, die sich aufopfernd um die Pflege vor allem älterer Menschen kümmern" generell unter „Missbrauchsverdacht" gestellt, sagte Wulff. „Das widerspricht völlig der Lebenswirklichkeit." Dort, wo Angehörige noch die „persönliche Verantwortung" wahrnähmen und nicht „den bequemeren Weg der Heimunterbringung" wählten, sei zunächst davon auszugehen, „dass es sich um eine von gegenseitigem Vertrauen getragene Le-



Otto Wulff

bensgemeinschaft" handele. Starke Vorbehalte meldet die Senioren Union daneben bei der vorgesehenen Kürzung der Pauschalen für amtliche Betreuer an. Statt bisher 67 Stunden pro Jahr sollen künftig nur noch 42 für eine durchschnittliche Betreuung gewährt werden. Es sei zwar richtig, dass die Kosten der so genannten „rechtlichen Betreuung" für die Länder in den letzten Jahren erheblich gestiegen seien. Wulff: „Bei allen vorgesehenen Regelungen ist es vor allem wichtig, die persönliche Würde der Betroffenen zu wahren." Zwar scheine es hier vereinzelt Missbrauch durch überhöhte Abrechnung von Zeitaufwand zu geben – dies stehe jedoch in keinem Verhältnis zu dem Schaden einer Verknappung bei der Fremdbetreuung.

Grundsätzlich gehe es um das Wohl der Betreuten, und da sei die Stärkung der Vorsorgevollmacht der sicherste Weg. Wulff: „Bei allen vorgesehenen Regelungen ist es vor allem wichtig, die persönliche Würde der Betroffenen zu wahren."

INFOTHEK

Bundesversammlung vollzählig

Als letztes Bundesland hat Baden-Württemberg die Mitglieder für die Bundesversammlung gewählt. Die Südwest-CDU stellt insgesamt 37 Mitglieder, die SPD 27, die FDP sechs und die Grünen fünf. Für die Wahl des Nachfolgers von Bundespräsident Johannes Rau tritt das Gremium am 23. Mai in Berlin zusammen. Es besteht aus 1.206 Mitgliedern: den 603 Abgeordneten des Bundestages und ebenso vielen von den Länderparlamenten bestimmten Wahlmännern und -frauen. Union und FDP liegen mit zusammen 622 Sitzen 18 Stimmen über der absoluten Mehrheit von 604.

Buchbesprechung

„Von der Vision zur Wirklichkeit – Auf dem Weg zur Einigung Europas“

Hans-Gert Pöttering, Spitzenkandidat der CDU für die Europawahl 2004, gehört als ein Europapolitiker der ersten Stunde dem Europäischen Parlament seit der ersten Direktwahl 1979 an. Seit 1999 ist er Fraktionsvorsitzender der EVP-ED-Fraktion.

Nach einem Vierteljahrhundert im europäischen Geschäft hat er in seinem Buch „Von der Vision zur Wirklichkeit – Auf dem Weg zur Einigung Europas“ eine Sammlung seiner wichtigsten Grundsatzreden und Parlamentarischen Beiträge der letzten Jahre veröffentlicht.

Seine Reden erinnern an einige der wichtigsten Debatten in der Europäischen Union und besonders im Europäischen Parlament. Drei wichtige Kerngedanken ziehen sich dabei wie ein roter Faden durch seine Beiträge: Die Europäische Union ist das historische Werk der Friedenssuche in und für Europa; die Europäische Einigung ist erst vollendet, wenn die leidvollen Trennungen, die durch die totalitären Ideologien des Nationalsozialismus und des Kommunismus im 20. Jahrhundert verursacht worden sind, durch den Prozess der Erweiterung der Europäischen Union und durch die konstitutionelle Vertiefung der EU überwunden werden, und: angesichts neuer globaler Herausforderungen, die durch die menschenverachtenden Terroranschläge der letzten Jahre markiert werden, muss Europa Klarheit in seiner transatlantischen Verbundenheit mit den Vereinigten Staaten von Amerika verknüpfen mit der Bereitschaft zur Kooperation mit den Ländern der arabisch-islamischen Welt, die Europas Nachbarn sind.

Die Jahre, die in dem vorliegenden Buch widergespiegelt werden, waren Jahre wichtiger europapolitischer Weichenstellungen. Der Einsatz für die Aufnahme der Länder Mittel- und Osteuropas stand bei Hans-Gert Pöttering stets ganz oben auf der Tagesordnung, ebenso wie die Erarbeitung der ersten europäischen Verfassung; beides wurde maßgeblich durch die EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments vorangetrieben, ebenso wie der Einsatz für die Einhaltung der Kriterien des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Vor diesem Hintergrund stellen die Beiträge von Hans-Gert Pöttering nicht nur wichtige Zeitdokumente, sondern auch Zielvorgaben künftiger christlich-demokratischer Europapolitik dar.

Von der Vision zur Wirklichkeit – Auf dem Weg zur Einigung Europas
von Hans-Gert Pöttering
Bouvier Verlag
ISBN 3-416-03053-2
19,50 Euro

Reform des Wettbewerbsrechts schafft Rechtsunsicherheit

Erklärung anlässlich der Verabschiedung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb:

Die Bundesregierung hat die Chance nicht genutzt, ein Gesetz zu schaffen, das Verbraucher und Unternehmen vor unlauterem Wettbewerb effektiv schützt, für Rechtssicherheit sorgt und damit in Europa eine Vorreiterrolle übernehmen kann. Die CDU/CSU-Fraktion wird dem Gesetz im Bundestag nicht zustimmen.

Gut gemeint aber schlecht umgesetzt ist der Gewinnabschöpfungsanspruch. Durch unpraktikable und unzulängliche Regelungen im Gesetz sind schon jetzt zahlreiche Probleme vorprogrammiert, die insbesondere auftreten werden, wenn der ursächliche Zusammenhang zwischen dem wettbewerbswidrigen Verhalten und dem Gewinn eines Unternehmens festgestellt werden soll. Dadurch schafft das Gesetz Rechtsunsicherheiten, statt sie zu beseitigen und wird vor allem die Gerichte beschäftigen. Nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion trägt der Gewinnabschöpfungsanspruch weder den

Norbert Röttgen

Ingo Wellenreuther

Interessen der Verbraucher noch den Interessen der Wirtschaft Rechnung: Für den Verbraucher ist er nur ein stumpfes Schwert, und die Unternehmen werden durch die Rechtsunsicherheit belastet.

Kurzsichtig ist nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion auch die Position der Bundesregierung zur Telefonwerbung. Denn sie ignoriert die Entwicklungen in Europa und damit den schon jetzt absehbaren Wettbewerbsnachteil für deutsche Unternehmen, die Telefonmarketing betreiben und in diesem Bereich zahlreiche Arbeitsplätze bieten. Die CDU/CSU-Fraktion hatte vorgeschlagen, Telefonwerbung jedenfalls dann auch ohne die vorherige Zustimmung des Angerufenen zu erlauben, wenn bereits Geschäftsbeziehungen bestehen.

Außerdem hatte sich die Unionsfraktion dafür eingesetzt, im Gesetz zu regeln, dass auch wettbewerbswidriges Verhalten der öffentlichen Hand in ihrer wirtschaftlichen Betätigung unterbunden werden kann. Mit ihrer Ablehnung ignoriert die Regierungskoalition die Interessen der mittelständischen Wirtschaft und wiederum das europäische Recht, das im Wettbewerbsrecht nicht zwischen der wirtschaftlichen Betätigung Privater und der öffentlichen Hand unterscheidet.

Norbert Röttgen ist der rechtspolitische Fraktionssprecher und **Ingo Wellenreuther** der zuständige Berichterstatter.

Regierung hat Angst vor Wettbewerb

Stellungnahme zum Optionsgesetz:

Die Bundesregierung hat Angst vor dem Wettbewerb zwischen den Kommunen und der Arbeitsverwaltung des Arbeitssamtes. Sie befürchtet, dass es die Kommunen besser können! Deshalb wird ein Gesetz vorgelegt, das zwar in der Überschrift „Optionsgesetz" heißt, aber keine echte Option beinhaltet.

Die vorgesehene „Organanleihe" ist Augenwischerei.

Peter Götz

Sie ermöglicht weder eine Aufgabenträgerschaft durch die Kommunen noch sichert sie die Finanzierung. Das Optionsgesetz widerspricht den im Vermittlungsverfahren getroffenen Vereinbarungen und macht Kommunen zum Handlanger der größten bürokratischen Behörde Europas.

Dahinter steckt die politische Ideologie des Zentralismus. Das war von Rot-Grün von Anfang an so gewollt. CDU und CSU stehen dagegen im Interesse der mehr als 3 Mio. betroffenen Menschen für Wettbewerb zwischen Kommunen und Bundesagentur für Arbeit statt Zentralismus. Hinzu kommt, dass den Kommunen für Millionen von Langzeitarbeitslosen, Sozialhilfe- und Grundsicherungsempfängern die vollen Unterkunftskosten aufs Auge gedrückt werden. Entlastung von 2,5 Mrd. Euro war versprochen. Belastung von 2,5 Mrd. Euro ist das rot-grüne Ergebnis.

Weitere Kosten, wie für die Betreuung der Kinder unter 3 Jahren oder die Ausbildungsplatzabgabe sollen nach den Vorstellungen der Schröder-Regierung die Kommunen übernehmen. Aber sie können nicht mehr!

Rot-Grün legt die Axt an die kommunale Selbstverwaltung. Die Regierung hat die Kommunen mit ihrer kommunalfeindlichen Politik in wenigen Jahren an den Rand des finanziellen Ruins regiert.

Es ist höchste Zeit für einen Regierungswechsel, damit es wieder aufwärts geht in Deutschland und kommunale Selbstverwaltung wieder stattfinden kann.

Peter Götz ist der kommunalpolitische Fraktionssprecher.

Ausbildungsplatzabgabe ist Unfug hoch Drei

Erklärung zur 1. Lesung des Deutschen Bundestages über ein Gesetz zur Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe:

Ich bedauere sehr, dass dieser Gesetzentwurf kein schlechter Aprilscherz, sondern bittere Realität geworden ist. Jeder Fachmann weiß, dass eine Ausbildungsplatzabgabe wirtschaftspolitischer Unfug hoch Drei ist.

Das einzige Ziel von Rot-Grün bleibt die Gesichtswahrung des neuen SPD-Parteichefs, und nicht die Verbesserung der Ausbildungssituation. Nichts wird damit besser, sondern vieles schlechter.

2,6 Milliarden Euro werden nach dem rot-grünen Gesetzentwurf von deutschen Betrieben erst einmal eingesammelt, damit 1,4 Milliarden Euro umverteilt werden können. Damit versickert fast die Hälfte der Zwangsabgabe in den Mühlen der Bürokratie! 1,2 Milliarden Euro sind einfach so perdu. Für nichts und wieder nichts.

Die Bund-Länder-Kommission hat sich daher einstimmig und mit Recht gegen die Ausbildungsplatzabgabe gewandt. 16:0 Stimmen der Länder gegen das rot-grüne Bürokratiemonster.

Dabei macht uns alle betroffen, dass im vergangenen Jahr rund 100.000 junge Menschen, die eine Lehrstelle bis zum heutigen Tage suchen, keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Das ist frustrierend und in vielen Fällen auch demoralisierend. Das muss sich ändern. Eine

Dagmar Wöhrl

neue Zwangsabgabe ist hierfür aber das falsche Instrument.

Denn insbesondere viele Mittelständler wollen ausbilden und tun dies auch. Und die, die nicht ausbilden, haben ihre Gründe dafür. Deshalb müssen wir an den Ursachen der Lehrstellenlücke ansetzen. Und die heißt vor allem: Runter mit der Kostenbelastung und bessere Qualifikation der Lehrstellenbewerber.

Die Union hat daher einen Gesetzentwurf zur Modernisierung des Berufsbildungsrechts beschlossen. Damit wird die Schaffung neuer Berufsbilder deutlich beschleunigt und vereinfacht. Wir haben Vorschläge unterbreitet, wie Leistungen aus Vorbereitungsmaßnahmen – wenn alle Beteiligten dies wollen – angerechnet werden können und damit die Lehrzeiten verkürzt werden.

Ich fordere die Bundesregierung auf, lassen Sie uns auf dieser Grundlage einen Weg finden, um die Chancen für einen erfolgreichen Berufsstart junger Menschen wirklich zu verbessern und ziehen Sie den Gesetzentwurf zur Ausbildungsplatzabgabe sofort und endgültig zurück.

Dagmar G. Wöhrl ist die wirtschaftspolitische Fraktionssprecherin.

Rot-grüner Dauerstau auf der Autobahn

Erklärung anlässlich der Aktuellen Stunde zur Finanzsituation im Straßenbau:

Die Mittelfristplanung für den Straßenbau zeigt ganz deutlich: Rot-grüne Verkehrspolitik ist nichts als Lug und Trug.

Noch vor kurzem verkündete Minister Stolpe vollmundig, dass nach der Freigabe der wegen des Mautdebakels gesperrten Investitionsmittel die notwendigen Straßenbaumaßnahmen verwirklicht werden können und insbesondere die dringlichen Weltmeisterschafts-Projekte in Gang gesetzt werden.

Nun folgt die verkehrspolitische Bankrotterklärung. Die bittere Wahrheit ist: Die Bundesregierung verabschiedet sich von der verantwortungsvollen Verkehrsinfrastrukturpolitik und steuert in den Verkehrskollaps.

Trotz der Einführung der streckenbezogenen Maut im kommenden Jahr sinken die Investitionen auf das niedrigste Niveau seit der Wiedervereinigung. Damit schadet Rot-Grün nicht nur der Mobilität in Deutschland, sondern sie setzt mit ihrem Wortbruch leichtfertig Zehntausende von Arbeitsplätzen in der Bauindustrie aufs Spiel.

Statt die Straßeninfrastruktur fit für die Zukunft zu machen, sind inzwischen sogar einige WM-Projekte in Gefahr. Die Weltmeisterschaft 2006 droht nun, im Stau zu ersticken. Trotz des im Verkehrsbericht 2000 prognostizierten massiven Verkehrszuwachses auf bundesdeutschen Autobahnen werden von Minister Stolpe lediglich 23 Neubauprojekte mit einem Gesamtvolumen von rund 1 Mrd. € realisiert.

Aber es kommt noch schlimmer, denn dies wird durch Umschichtung von Mitteln, die für den Erhalt der Bundesstraßen gedacht sind, erreicht. Die Folge: Schlechter Straßenzustand führt bei gleichzeitigem Verkehrswachstum zu Dauerstau.

Georg Brunnhuber

Die eigenen Verkehrsminister haben es der Bundesregierung auf der heutigen Verkehrsministerkonferenz deutlich ins Stammbuch geschrieben: Schlechter kann eine Verkehrspolitik kaum sein. Die Union fordert die Bundesregierung deshalb mit Nachdruck auf, die Finanzmittel für die Verkehrsinfrastruktur ab 2005 auf ein bedarfsgerechtes Niveau anzuheben.

Georg Brunnhuber ist stellvertretende verkehrspolitische Fraktionssprecher.

Rot-Grün schwächt deutsche Landwirtschaft

Erklärung anlässlich der 2./3. Lesung des Gesetzes zur Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik:

Mit dem rot-grünen Gesetz zur Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik wird die deutsche Landwirtschaft ein weiteres Mal geschwächt. Die Spielräume, die die EU-Vorgaben zulassen, werden nicht genutzt, um die Interessen der leistungsfähigen Betriebe in den Vordergrund zu stellen. Insbesondere unseren Milchbauern, denen bereits jetzt das Wasser bis zum Hals steht, werden weitere erhebliche Belastungen zugemutet. Durch die rot-grüne Agrarpolitik droht ganzen Standorten das „Aus". Die Bundesregierung hat das Alternativmodell der Union, das weitere drastische Einkommensverluste für die Milchbauern verhindert hätte, nicht aufgegriffen.

Gerda Hasselfeldt

Peter Harry Carstensen

„Spitze" ist Rot-Grün hingegen bei der Schaffung neuer „Fesseln" für die Landwirtschaftsbetriebe! Ein Mix aus nationalen Auflagen, schärferen Regelungen als im EU-Recht und mehr Bürokratie für Betriebe und Landesverwaltungen drohen der Landwirtschaft. Die Folge dieser Politik sind neue Wettbewerbsnachteile im Vergleich zu unseren EU-Konkurrenten.

Die Union hat das Gesetz auch deswegen abgelehnt, weil massive Auswirkungen auf die Ernährungsindustrie und damit die Wirtschaftskraft im ländlichen Raum zu erwarten sind. Zudem stehen die Agrarumweltprogramme etlicher Bundesländer auf der Kippe und damit Fördermittel in Höhe von 500 Millionen Euro.

Das Alternativmodell der Union sieht vor, die Brüche innerhalb der Landwirtschaft abzumildern. Dies gilt insbesondere für die Milch- und Rindfleischerzeuger, die beide wichtige Sektoren in der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft sind. Der Erhalt ihrer Wettbewerbs-fähigkeit ist daher von besonderer Bedeutung.

Gerda Hasselfeldt ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende und **Peter Harry Carstensen** ist der Vorsitzende der Fraktionsarbeitsgruppe Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft.

Pin „FU“

Bestell-Nummer: **9092**
Preis je 100 Stück: **20,00 €**
inkl. MwSt.: 23,20 €

Aufkleber „FU“

Bestell-Nummer: **9091**
Preis je 100 Stück: **10,00 €**
inkl. MwSt.: 11,60 €

Pfefferminztabletten „FU“

Bestell-Nummer: **9095**
1 kg ca. 333 Stück: **18,00 €**
inkl. MwSt.: 20,88 €

Tasse „FU“
Porzellantasse 0,25 l Inhalt

Bestell-Nummer: **9106a**
1 Tasse inkl. Einzelverpackung: **5,50 €**
inkl. MwSt.: 6,38 €

Bestell-Nummer: **9106b**
6er Karton Tassen: **30,00 €**
inkl. MwSt.: 34,80 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-804 18 92
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

T-Shirt „CDU"

Größe L
Bestell-Nummer: **9836**

Größe XXL
Bestell-Nummer: **9838**

1 T-Shirt: **5,00 €**
inkl. MwSt.: 5,80 €

CDU-Seemanns-rucksack blau

Bestell-Nummer: **9661**
Preis je 1 Stück: **10,00 €**
inkl. MwSt.: 11,60 €

Jetzt auch im Doppelpack ...

Kleiner Ball – in 2 versch. Farben – schon aufgepumpt –
Er ist wie ein kleiner Fußball, jedoch kleiner und handlicher.
Der ideale Spielball nicht nur für Kinder.

Bestell-Nummer: **9824**
Preis je 2 Bälle: **12,00 €**
inkl. MwSt.: 13,92 €

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Die neuen Wandzeitungen

Das sind die aktuellen Wandzeitungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Alle Jahresabonnenten erhalten beide Wandzeitungsmotive.